

Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar

Sitzungstermin:	Donnerstag, 30.10.2014
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	21:05 Uhr
Ort, Raum:	Bürgerschaftssaal im Rathaus, Am Markt 1, 23966 Wismar

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Tilo Gundlack (SPD)

Mitglieder

Frau Kerstin Adam	(SPD)	
Herr Thomas Ahlvers	(CDU)	
Herr Siegfried Ballentin	(CDU)	
Herr Detlef Bojahr	(DIE LINKE.)	
Herr Tom Brüggert	(CDU)	
Herr René Domke	(FDP)	
Frau Elke Gustke	(SPD)	
Frau Christa Hagemann	(DIE LINKE.)	
Herr Bernd Hilse	(DIE LINKE.)	
Frau Angelika Jörss	(CDU)	
Herr Roland Kargel	(DIE LINKE.)	
Herr Ronny Keßler	(SPD)	
Frau Karin Lechner	(SPD)	
Herr Ulrich Litzner	(SPD)	
Frau Renate Lüders	(DIE LINKE.)	
Frau Prof. Dr. Sabine Mönch-Kalina	(FÜR-WISMAR-Forum)	
Herr Sigfried Rakow	(CDU)	bis 20.02 Uhr, TOP 12.8
Herr Wolfgang Rickert	(SPD)	
Frau Sibylle Runge	(SPD)	
Frau Dr. Gabriele Sauerbier	(DIE LINKE.)	
Herr Dr. Bernhard Schubach	(PIRATEN)	
Herr Tino Schwarzrock	(GRÜNE)	
Herr Meinhard Schönbohm	(CDU)	
Herr Rainer Schütt	(NPD)	
Frau Petra Seidenberg	(GRÜNE)	
Herr Christian Speck	(FÜR-WISMAR-Forum)	
Frau Maren Teß	(SPD)	

Herr Michael Tiedke	(SPD)	
Herr Frieder Weinhold	(CDU)	
Herr Michael Werner	(FÜR-WISMAR-Forum)	bis 20.22 Uhr, TOP 12.9
Frau Prof. Dr. Marion Wienecke	(DIE LINKE.)	
Herr Prof. Dr. Joachim Winkler	(SPD)	
Herr Dr. Gerd Zielenkiewitz	(FÜR-WISMAR-Forum)	
Herr Stefan Zirnsak	(AfD)	

Verwaltung

Herr Thomas Beyer	(Bürgermeister)
Herr Michael Berkahn	(Senator)
Frau Heike Bansemer	(Senatorin)

Abwesende Mitglieder

Mitglieder

Herr Wolfgang Box	(CDU)	entschuldigt
Herr Peter Manthey	(FDP)	entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Eröffnung der Sitzung
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 4 Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
- 5 Mitteilung über das Nachrücken eines neuen Bürgerschaftsmitgliedes und Verpflichtung desselben
- 6 Personelle Veränderungen in den Ausschüssen
- 7 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 8 Protokoll über die vorhergehende Sitzung der Bürgerschaft vom 25.09.2014
- 9 Mitteilungen des Präsidenten der Bürgerschaft
- 10 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 11 Vorlagen des Bürgermeisters
- 11.1 Benutzungs- und Entgeltordnung der Hansestadt Wismar für die Nutzung kommunaler Einrichtungen der Bereiche Schule und Sport und die Vergabe städtischer Nutzungszeiten
Vorlage: VO/2014/0981
- 11.2 Bauleitplanung der Hansestadt Wismar, Bebauungsplan Nr. 38/96 "Tier- und Erlebnispark am Köppernitztal", 1. Änderung, Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: VO/2014/0994
- 11.3 Entfristung der Fördervereinbarung zur Betreuung des Ökologischen Schulungszentrums Wismar (ÖSW)
Vorlage: VO/2014/1016
- 11.4 Neufassung der Entgeltordnung für den öffentlichen Hafen (kommunaler Hafen) der Hansestadt Wismar
Vorlage: VO/2014/1019-01
- 11.5 Entgeltordnung für die Nutzung touristischer Einrichtungen der Hansestadt Wismar
Vorlage: VO/2014/1020
- 11.6 Annahme von Zuwendungen (Spenden) an die Hansestadt Wismar
Vorlage: VO/2014/1031
- 12 Anträge der Fraktionen und Bürgerschaftsmitglieder

- 12.1 Änderung der Hauptsatzung – § 13 Entschädigungen
Vorlage: VO/2014/1005-01
- 12.2 Fraktionszuwendungen
Vorlage: VO/2014/1006-01
- 12.3 Durchführung von zwei Beratungsrunden zum Haushalt 2015 in den Fachausschüssen
Vorlage: VO/2014/1029
- 12.4 Einführung einer Jahreskarte für touristische Einrichtungen
Vorlage: VO/2014/1032
- 12.5 Mindestabstand Windenergieanlagen
Vorlage: VO/2014/1034
- 12.6 Berichte des Bürgermeisters in den Bürgerschaftssitzungen
Vorlage: VO/2014/1035
- 12.7 Grundsatzentscheidung zur Weiterentwicklung des Technischen Landesmuseums
Vorlage: VO/2014/1036
- 12.8 Veränderung der Gebührenpflicht für Bewohnerparken in der Altstadt
Vorlage: VO/2014/1037
- 12.9 Einrichten von Ortsteilbeiräten in der Hansestadt Wismar
Vorlage: VO/2014/1038
- 12.10 Überprüfung aller Bürgerschaftsmitglieder durch die Stasi-Unterlagenbehörde
Vorlage: VO/2014/1039
- 12.11 Aufstellung einer Überdachung an der Bushaltestelle Marktplatz Wismar und Bestandsaufnahme der Infrastruktur der Haltestellen im Stadtgebiet der HWI
Vorlage: VO/2014/1040
- 13 Anfragen der Fraktionen und Bürgerschaftsmitglieder
 - 13.1 1. Anfrage, Sitzung der Bürgerschaft am 30.10.2014 – Schaltzeiten der Beleuchtung in der Tonnenhofstraße
Vorlage: BA/2014/1033
 - 13.2 2. Anfrage zur Sitzung der Bürgerschaft am 30.10.2014 – Baustellenabspernung Schweinsbrücke / Schabbellhaus
Vorlage: BA/2014/1046
 - 13.3 3. Anfrage zur Sitzung der Bürgerschaft am 30.10.2014 – Planfeststellungsverfahren Unterführung Poeler Straße – Sachstand
Vorlage: BA/2014/1047
 - 13.4 4. Anfrage zur Sitzung der Bürgerschaft am 30.10.2014 – Fahrradparksystem
Vorlage: BA/2014/1048

- 13.5 5. Anfrage zur Sitzung der Bürgerschaft am 30.10.2014 – Versorgung Bootstouristen am Alten Hafen
Vorlage: BA/2014/1049

(nicht öffentlich)

- 14 Vorlagen, Anträge und Anfragen in nicht öffentlicher Sitzung
- 14.1 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 14.2 Vergabe von Planungsleistungen über 125 Tsd. € gemäß Hauptsatzung
Vorlage: VO/2014/1011
- 14.3 Verkauf des Grundstückes Am Weißen Stein 24 (ehemals Erbbaurecht QEG), Flurstück 4785/7 zur Größe von 4.851 qm, B-Plan Nr. 10/91, "Gewerbegebiet Dargetzow" an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wismar mbH
Vorlage: VO/2014/1014
- 14.4 Erwerb einer Grundstücksfläche im Bereich des Gebietes Lübsche Burg Ost von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zum Zwecke der Entwicklung des Bereiches zur Bebauung
- Grundsatzbeschluss -
Vorlage: VO/2014/1017
- 14.5 Vergabe von Planungsleistungen über 125.000,00 € gem. §10 Abs. 5 der Hauptsatzung
Vorlage: VO/2014/1030

(öffentlich)

- 15 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 16 Schließen der Sitzung

**Protokoll:
(öffentlich)**

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, fragt nach, ob es Fragen, Vorschläge oder Anregungen an die Mitglieder der Bürgerschaft, den Bürgermeister oder dessen Stellvertreter gibt. Das ist nicht der Fall.

TOP 2 Eröffnung der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, eröffnet die Sitzung der Bürgerschaft.

TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

TOP 4 Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind:
Wolfgang Box; Peter Manthey

TOP 5 Mitteilung über das Nachrücken eines neuen Bürgerschaftsmitgliedes und Verpflichtung desselben

Durch den Rücktritt von Herrn Dr. Uwe Hoot, CDU, Wahlbereich 1, ist Herr Thomas Ahlvers als Ersatzperson nachgerückt.

Herr Ahlvers hat die Mitgliedschaft kraft Gesetz (Ablauf der Wochenfrist) erworben.

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, verpflichtet Herrn Ahlvers per Handschlag.

TOP 6 Personelle Veränderungen in den Ausschüssen

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, teilt mit, dass es folgende Änderungen in den Ausschüssen gibt, über welche en bloc abgestimmt werden soll.

Änderungen bei der CDU-Fraktion

Finanzausschuss

Neues Mitglied für Herrn Dr. Uwe Hoot wird Herr Thomas Ahlvers.
Stellvertreter für Herrn Thomas Ahlvers wird Herr Horst Lüdemann.

Ausschuss für Wirtschaft und kommunale Betriebe

Stellvertreter für Herrn Dr. Uwe Hoot wird Herr Thomas Ahlvers.

Eigenbetriebsausschuss

Stellvertreter für Herrn Dr. Uwe Hoot wird Herr Thomas Ahlvers.

Rechnungsprüfungsausschuss

Stellvertreter für Herrn Dr. Uwe Hoot wird Herr Thomas Ahlvers.

Änderungen bei der SPD-Fraktion

Ausschuss für Wirtschaft und kommunale Betriebe

Stellvertreter für Herrn Bernd Möller wird Frau Gabriele Davids

Es erfolgt die Abstimmung über die Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

– einstimmig beschlossen

TOP 7 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, teilt mit, dass die nicht öffentliche Beschlussvorlage **VO/2014/1030 – Vergabe von Planungsleistungen über 125.000,00 € gem. §10 Abs. 5 der Hauptsatzung** – vom Einreicher zurückgezogen wurde.

Weiterhin teilt er mit, dass zur Drucksache **VO/2014/1005-01 – Änderung der Hauptsatzung – § 13 Entschädigungen** – Fraktionen CDU, DIE LINKE., FDP/GRÜNE eine modifizierte Begründung vorliegt.

Die FÜR-WISMAR-Fraktion, ist nicht mehr Miteinreicher dieser Vorlage.

Die modifizierte Tagesordnung kommt zur Abstimmung.

– einstimmig beschlossen

TOP 8 Protokoll über die vorhergehende Sitzung der Bürgerschaft vom 25.09.2014

Protokoll der Sitzung der Bürgerschaft am 25. September 2014

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, teilt mit, dass zum Protokoll der Sitzung vom 25.09.2014 ein Schreiben mit Hinweisen des Bürgermeisters vorliegt.

Er fragt nach, ob es weitere Hinweise oder Änderungswünsche gibt.

Es gibt keine weiteren Hinweise.

Es erfolgt die Abstimmung über das Protokoll:

- **bestätigt bei 3 Enthaltungen**

TOP 9 Mitteilungen des Präsidenten der Bürgerschaft

Es liegen keine Mitteilungen des Präsidenten der Bürgerschaft vor.

TOP 10 Mitteilungen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister, Herr Beyer, informiert über folgende Themen:

1. Nach einigen Schreiben zwischen der Stadt und der Ministerin, Frau Kuder, ist eine Kontaktaufnahme mit dem Landbetrieb für Bau und Liegenschaften hinsichtlich einer sinnvollen städtebaulichen Nachnutzung der ehemaligen Jugendarrestanstalt geplant.
2. Die 1. Beratungsrunde in den Ausschüssen zu den Produkthaushalten.
3. Die finanziellen Förderungen des phanTECHNIKUM und Gespräche zur mittelfristigen Erhöhung der Mittel seitens des Landes.
4. Aktuelle und künftige Veranstaltungen.

TOP 11 Vorlagen des Bürgermeisters

TOP 11.1 Benutzungs- und Entgeltordnung der Hansestadt Wismar für die Nutzung kommunaler Einrichtungen der Bereiche Schule und Sport und die Vergabe städtischer Nutzungszeiten
Vorlage: VO/2014/0981

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage 1 beigefügte Benutzungs- und Entgeltordnung für die Nutzung kommunaler Einrichtungen der Bereiche Schule und Sport und die Vergabe stadteigener Nutzungszeiten wird beschlossen.

Begründung: Senator, Herr Berkahn

Wortmeldungen: Herr Brüggert; Herr Werner

Herr Domke, Fraktion FDP/GRÜNE, stellt folgenden Ergänzungsantrag:

In der Anlage 1 soll Folgendes ergänzt werden:

– § 3 Absatz 3 Punkt a) Gruppe A:

einfügen nach: des satzungsgemäßen ... und als gemeinnützig anerkannten ... Vereinszweck dient.

– § 3 Absatz 3 Punkt b) Gruppe B:

wie oben

Wortmeldungen: Bürgermeister, Herr Beyer; Herr Domke; Frau Hagemann

Der Bürgermeister, Herr Beyer, nimmt den Ergänzungsantrag der Fraktion FDP/GRÜNE in seine Vorlage mit auf.

Wortmeldung: Herr Domke

Die Vorlage VO/2014/0981 kommt modifiziert zur Abstimmung.

Die Anlage 1 – Benutzungs- und Entgeltordnung der Hansestadt Wismar für die Nutzung kommunaler Einrichtungen der Bereiche Schulen und Sport und die Vergabe stadteigener Nutzungszeiten.

Änderungen:

§ 3 – Entgelte

Absatz 3 – a) Gruppe A: gemeinnützige Sportvereine und -verbände mit Sitz in der Hansestadt Wismar sowie gemeinnützige Vereine der Hansestadt Wismar, die Jugend- und Sozialarbeit leisten, soweit die Nutzung der Erfüllung des satzungsgemäßen und als gemeinnützig anerkannten Vereinszwecks dient

§ 3 – Entgelte

Absatz 3 – b) Gruppe B: Betriebssportgruppen und sonstige Sportgruppen sowie sonstige gemeinnützige Vereine mit Sitz in der Hansestadt Wismar sowie Institutionen, die Präventionsarbeit leisten, sowie die Nutzung der Erfüllung des satzungsgemäßen und als gemeinnützig anerkannten Vereinszwecks dient

Abstimmungsergebnis:

– einstimmig beschlossen

**TOP 11.2 Bauleitplanung der Hansestadt Wismar, Bebauungsplan Nr. 38/96 "Tier- und Erlebnispark am Köppernitztal", 1. Änderung, Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: VO/2014/0994**

Beschlussvorschlag:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar beschließt die Aufstellung der 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 38/96 „Tier- und Erlebnispark am Köppernitztal“ , um für den Teilbereich „Tierpark“ die planungsrechtliche Konkretisierungen bezüglich des Bestandes in Form eines

Planänderungsverfahrens gemäß § 13a BauGB „Bebauungspläne der Innenentwicklung“ vornehmen zu können.

2. Der Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes (siehe Anlage 1) wird wie folgt begrenzt:
im Norden: durch das Köppernitztal
im Osten: durch die Wohngebiete Köppernitztal und Friedenshof II /6. Bauabschnitt
im Süden: durch die Wohnbebauung des Dorfgebietes Dammhusen
im Westen: durch das Gelände Landesgartenschau 2002
3. Das Planverfahren erhält die Bezeichnung: 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38/96 „Tier- und Erlebnispark am Köppernitztal“
4. Der Beschluss zur Aufstellung der 1. Änderung zum Bebauungsplan ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB amtlich bekannt zu machen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die 1. Änderung zum Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 aufgestellt werden soll.
5. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) und § 4 Abs. 1 BauGB (frühzeitige TÖB-Beteiligung) kann gemäß § 13a (2) BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Pkt. 1 BauGB abgesehen werden.
6. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB ist durchzuführen.
7. Die Bürgerschaft beschließt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 38/96 Tier- und Erlebnispark am Köppernitztal mit Begründung in der vorliegenden Form (siehe Anlage 2) für die Dauer eines Monats.

Die Vorlage VO/2014/0994 kommt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

–

einstimmig beschlossen

<p>TOP 11.3 Entfristung der Fördervereinbarung zur Betreibung des Ökologischen Schulungszentrums Wismar (ÖSW) Vorlage: VO/2014/1016</p>

Frau Guste verlässt wegen Befangenheit den Sitzungssaal.

Beschlussvorschlag:

Die Fördervereinbarung zur Betreibung des ÖSW (Bürgerschaftsbeschluss VO/2013/0801) wird über den 31.12.2014 verlängert und zunächst bis 31.12.2019 befristet. Mit dem Betreiber ist ein Verlängerungsoption zu vereinbaren.

Wortmeldungen: Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina; Senator, Herr Berkhahn

Herr Ballentin, CDU-Fraktion, stellt den Antrag auf Verweisung in den Finanzausschuss.

Wortmeldungen: Senator, Herr Berkhahn; Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina;
Senator, Herr Berkhahn

Herr Ballentin, CDU-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Sitzung zur Beratung.

*Die Sitzung wird um 17.37 Uhr zur Beratung unterbrochen.
Die Sitzung wird um 17.47 Uhr weitergeführt.*

Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina, FÜR-WISMAR-Fraktion, unterstützt den Antrag auf Verweisung in den Finanzausschuss.

Wortmeldungen: Bürgermeister, Herr Beyer; Herr Prof. Dr. Winkler; Frau Hagemann;
Herr Domke; Senator, Herr Berkhahn

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, erläutert das Prozedere zur Abstimmung. Es gibt keinen Widerspruch seitens der Mitglieder der Bürgerschaft.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag auf Verweisung in den Finanzausschuss.
– abgelehnt

Die Vorlage VO/2014/1016 kommt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
– einstimmig beschlossen

<p>TOP 11.4 Neufassung der Entgeltordnung für den öffentlichen Hafen (kommunaler Hafen) der Hansestadt Wismar Vorlage: VO/2014/1019-01</p>
--

Frau Gustke nimmt wieder an der Sitzung teil.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar setzt die sich aus der Entgeltordnung für den öffentlichen Hafen (kommunaler Hafen) der Hansestadt Wismar (Anlage 1) ergebenden Entgelte fest.

Herr Dr. Zielenkiewitz, FÜR-WISMAR-Fraktion, stellt folgenden Änderungsantrag.

1. Hafentgelt um 30% für die Kreuzfahrtschiffe erhöhen
2. Die Hafenanlaufgebühren je BRZ um 10% erhöhen
3. Die PAX, Kainutzungsgebühren um 30% erhöhen.

Über die Punkte soll einzeln abgestimmt werden.

Weiterhin stellt er den Änderungsantrag:

Die Hafengebühr für Traditionsschiffe sollen um 75% reduziert werden.

Wortmeldungen: Senator, Herr Berkhahn; Bürgermeister, Herr Beyer

Frau Adam, SPD-Fraktion, stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Wir bitten den Bürgermeister, die Entgeltordnung für den öffentlichen Hafen nach einem Jahr zu evaluieren und gegebenenfalls der Bürgerschaft Änderungen bei der Gebührenhöhe vorzuschlagen.

Wortmeldungen: Herr Ballentin; Herr Dr. Zielenkiewitz

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, erläutert das Prozedere zur Abstimmung.
Es gibt keinen Widerspruch seitens der Mitglieder der Bürgerschaft.

Es erfolgt die Abstimmung zum 1. Änderungsantrag der FÜR-WISMAR-Fraktion.

– abgelehnt

Es erfolgt die Abstimmung zum 2. Änderungsantrag der FÜR-WISMAR-Fraktion.

– abgelehnt

Es erfolgt die Abstimmung zum Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion.

– beschlossen

Die Vorlage VO/2014/1019-01 kommt modifiziert zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar setzt die sich aus der Entgeltordnung für den öffentlichen Hafen (kommunaler Hafen) der Hansestadt Wismar (Anlage 1) ergebenden Entgelte fest.

Wir bitten den Bürgermeister, die Entgeltordnung für den öffentlichen Hafen nach einem Jahr zu evaluieren und gegebenenfalls der Bürgerschaft Änderungen bei der Gebührenhöhe vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

– einstimmig beschlossen

**TOP 11.5 Entgeltordnung für die Nutzung touristischer Einrichtungen der Hansestadt Wismar
Vorlage: VO/2014/1020**

Beschlussvorschlag:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar hebt den Bürgerschaftsbeschluss Nr.: 0103-06/09 vom 10.12.2009, bestätigt durch Drucksache Nr.: 0372-21/11 vom 31.03.2011 auf.

2. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar beschließt die als Anlage 1 beigefügte Entgeltordnung für touristische Einrichtungen der Hansestadt Wismar.

Begründung: Bürgermeister, Herr Beyer

Herr Domke, Fraktion FDP/GRÜNE, stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Punkt 3

Die Bürgerschaft wird über die Ergebnisse aus dieser Entgeltordnung zum 30.06.2015 und 31.12.2015 informiert.

Wortmeldung: Bürgermeister, Herr Beyer

Frau Hagemann, Fraktion DIE LINKE., stellt folgenden Änderungsantrag:

Der § 3 Absatz 2 (Tabelle) soll geändert werden.

Punkt 4 – Gruppen ab 15 Personen

zusätzlich für Schülergruppen ab 15 Schülern 1,50 EUR pro Person – für § 2 Punkte c und d.

Der Bürgermeister, Herr Beyer, übernimmt den Punkt „für Gruppen ab 15 Personen“.

Frau Adam, SPD-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Sitzung für eine Beratung.

Die Sitzung wird um 18.20 Uhr für eine Beratung unterbrochen.

Die Sitzung wird um 18.26 Uhr weitergeführt.

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, erläutert das Prozedere zur Abstimmung. Es gibt keinen Widerspruch seitens der Mitglieder der Bürgerschaft.

Es erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE..

Zusätzlich für Schülergruppen ab 15 Schülern 1,50 EUR pro Person, für § 2 Punkte c und d.

– beschlossen

Es erfolgt die Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion FDP/GRÜNE.

Punkt 3

Die Bürgerschaft wird über die Ergebnisse aus dieser Entgeltordnung zum 30.06.2015 und 31.12.2015 informiert.

– beschlossen

Die Vorlage VO/2014/1020 kommt modifiziert zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar hebt den Bürgerschaftsbeschluss Nr.: 0103-06/09 vom 10.12.2009, bestätigt durch Drucksache Nr.: 0372-21/11 vom 31.03.2011 auf.
2. Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar beschließt die als Anlage 1 beigefügte Entgeltordnung für touristische Einrichtungen der Hansestadt Wismar.
3. Die Bürgerschaft wird über die Ergebnisse aus dieser Entgeltordnung zum 30.06.2015 und 31.12.2015 informiert.

Die Anlage 1 wird im § 2 ergänzt.

Zusätzlich für Schülergruppen ab 15 Schülern 1,50 EUR pro Person, für § 2 Punkte c und d.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung

TOP 11.6 Annahme von Zuwendungen (Spenden) an die Hansestadt Wismar Vorlage: VO/2014/1031

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar stimmt der Annahme der in der Anlage 1 dargestellten, vom 01.09. - 30.09.2014, eingegangenen Zuwendungen (Spenden) in Höhe von 3.034,00 € zur Verwendung entsprechend des angegebenen Zweckes zu.

Die Vorlage VO/2014/1031 kommt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig beschlossen

TOP 12 Anträge der Fraktionen und Bürgerschaftsmitglieder
--

TOP 12.1 Änderung der Hauptsatzung – § 13 Entschädigungen Vorlage: VO/2014/1005-01 – Fraktionen CDU, DIE LINKE, Fraktion FDP/GRÜNE
--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt ab 01.01.2015 § 13 der Hauptsatzung der Hansestadt Wismar wie folgt zu ändern:

- Abs. 1:**
Die Präsidentin oder der Präsident der Bürgerschaft erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 850,00 € monatlich.
- Abs. 2:**
Die Mitglieder des Präsidiums, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten der Bürgerschaft, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 160 € monatlich. Zusätzlich zu den funktionsbezogenen Aufwandsentschädigungen erhalten die weiteren Mitglieder des Präsidiums, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten der Bürgerschaft, eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung für die Sitzungen der Bürgerschaft und der Ausschüsse, in die sie gewählt sind.
- Abs. 4:**
Fraktionsvorsitzende erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 260,00 € monatlich. Fraktionsvorsitzende erhalten zusätzlich eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung nach Abs. 6 für die Sitzung der Bürgerschaft und der Ausschüsse, in die sie gewählt sind.

- d) Abs. 6:
„Die Mitglieder der Bürgerschaft, denen nach den Absätzen 1 bis 5 keine monatliche Aufwandsentschädigung gewährt wurde, erhalten für ihre Teilnahme an Sitzungen der Bürgerschaft, an den Sitzungen der Ausschüsse, in die sie gewählt sind, und an Fraktionssitzungen eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 €.
- e) Abs. 7:
Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse, in die sie gewählt sind und an Sitzungen der Fraktionen, die zur Vorbereitung dieser Ausschusssitzungen dienen, eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 €.
- f) Abs.: 8
Ausschussvorsitzende und bei deren Verhinderung deren Stellvertretung, denen nach den Absätzen 1 bis 5 keine monatliche Aufwandsentschädigung gewährt wurde, erhalten für jede von ihnen geleitete Sitzung eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 90,00 €.

Frau Hagemann, Fraktion DIE LINKE., stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass eine Pause eingelegt wird.

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 12.1 noch abgearbeitet wird und danach die Sitzung für eine Pause unterbrochen wird.

Herr Ballentin, CDU-Fraktion, modifiziert seinen Antrag mit einem Änderungsantrag:

Gegenstand:

Änderung der Hauptsatzung – § 13 Entschädigungen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2

Die Mitglieder des Präsidiums, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten der Bürgerschaft, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 160 € monatlich. Zusätzlich zu den funktionsbezogenen Aufwandsentschädigungen erhalten die weiteren Mitglieder des Präsidiums, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten der Bürgerschaft, eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung nach Abs. 6 für die Sitzung der Bürgerschaft und der Ausschüsse, in die sie gewählt sind.

Anlage:

§ 13 der Hauptsatzung lautet nach Vorlage wie folgt:

§ 13 Entschädigungen

(3) Der Stellvertretung der Präsidentin oder des Präsidenten wird bei Verhinderung der Präsidentin oder des Präsidenten für ihre besondere Tätigkeit eine entsprechende Aufwandsentschädigung für die Dauer der Vertretung in Höhe der Aufwandsentschädigung der Präsidentin oder des Präsidenten der Bürgerschaft (Absatz 1) gewährt.

(5) Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wird bei Verhinderung der oder des Fraktionsvorsitzenden für ihre besondere Tätigkeit eine entsprechende Aufwandsentschädigung für die Dauer der Vertretung in Höhe der Aufwandsentschädigung der oder des Fraktionsvorsitzenden (Absatz 3) gewährt.

(6) Die Mitglieder der Bürgerschaft, denen nach den Absätzen 1 bis 5 keine monatliche

Aufwandsentschädigung gewährt wurde, erhalten für ihre Teilnahme an Sitzungen der Bürgerschaft, an Sitzungen des Präsidiums, an den Sitzungen der Ausschüsse, in die sie gewählt sind, und an Fraktionssitzungen eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 \.

(8) Ausschussvorsitzende und bei deren Verhinderung deren Stellvertretung, denen nach den Absätzen 1 bis 5 keine monatliche Aufwandsentschädigung gewährt wurde, erhalten für jede von ihnen geleitete Sitzung eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 90,00 €.

**Wortmeldungen: Frau Adam; Herr Domke; Herr Prof. Dr. Winkler; Herr Domke;
Frau Hagemann**

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, erläutert das Prozedere zur Abstimmung. Es gibt keinen Widerspruch seitens der Mitglieder der Bürgerschaft.

Die Abstimmung erfolgt nach den einzelnen Buchstaben.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung zu Punkt a)

Absatz 1:

Die Präsidentin oder der Präsident der Bürgerschaft erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 850,00 € monatlich.

– beschlossen

Ja-Stimmen: 19

Nein-Stimmen: 10

Enthaltungen: 6

Abstimmung zum modifizierten Punkt b)

Absatz 2:

Die Mitglieder des Präsidiums, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten der Bürgerschaft, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 160 € monatlich. Zusätzlich zu den funktionsbezogenen Aufwandsentschädigungen erhalten die weiteren Mitglieder des Präsidiums, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten der Bürgerschaft, eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung nach Abs. 6 für die Sitzung der Bürgerschaft und der Ausschüsse, in die sie gewählt sind.

– beschlossen

Ja-Stimmen: 19

Nein-Stimmen: 10

Enthaltungen: 6

Abstimmung zu Punkt c)

Absatz 4:

Fraktionsvorsitzende erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 260,00 € monatlich.

Fraktionsvorsitzende erhalten zusätzlich eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung nach Abs. 6 für die Sitzung der Bürgerschaft und der Ausschüsse, in die sie gewählt sind.

– beschlossen

Ja-Stimmen: 19

Nein-Stimmen: 10

Enthaltungen: 6

Abstimmung zu Punkt d)

Absatz 6:

„Die Mitglieder der Bürgerschaft, denen nach den Absätzen 1 bis 5 keine monatliche Aufwandsentschädigung gewährt wurde, erhalten für ihre Teilnahme an Sitzungen der Bürgerschaft, an den Sitzungen der Ausschüsse, in die sie gewählt sind, und an Fraktionssitzungen eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 €.

– beschlossen

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: 10

Enthaltungen: 7

Abstimmung zu Punkt e)

Absatz 7:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse, in die sie gewählt sind und an Sitzungen der Fraktionen, die zur Vorbereitung dieser Ausschusssitzungen dienen, eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 €.

– beschlossen

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: 10

Enthaltungen: 7

Abstimmung zu Punkt f)

Absatz 8:

Ausschussvorsitzende und bei deren Verhinderung deren Stellvertretung, denen nach den Absätzen 1 bis 5 keine monatliche Aufwandsentschädigung gewährt wurde, erhalten für jede von ihnen geleitete Sitzung eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 90,00 €.

– beschlossen

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: 10

Enthaltungen: 7

Somit wurde die Vorlage VO/2014/1005-01 beschlossen.

Die Sitzung wird um 18.55 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Die Sitzung wird um 19.06 Uhr weitergeführt.

TOP 12.2 Fraktionszuwendungen

**Vorlage: VO/2014/1006-01 – Fraktionen CDU, DIE LINKE, Fraktion FDP/GRÜNE,
FÜR-WISMAR-Fraktion**

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft legt die Fraktionszuwendungen ab dem 01.01.2015 wie folgt fest:

1. Der Sockelbetrag beträgt pro Fraktion 5.000,00 Euro.
2. Die jährlichen Zuwendungen je Fraktionsmitglied betragen 2.000,00 Euro.

Die finanziellen Mittel sind ab 2015 in den Haushalt Produkt/Produktkonto 11140.5691000 einzustellen.

Frau Adam, SPD-Fraktion, stellt folgenden Änderungsantrag:

Der Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird wie folgt geändert:

Die jährlichen Zuwendungen je Fraktionsmitglied betragen wie bisher 1.800,00 Euro.

Begründung

Auf Grund der angespannten Haushaltslage halten wir keine Erhöhung für angemessen.

Von der Erhöhung würden die großen Fraktionen am meisten profitieren.

Wir sind mit der bisherigen finanziellen Ausstattung in der Höhe ausreichend finanziert.

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, erläutert das Prozedere zur Abstimmung.

Es gibt keinen Widerspruch seitens der Mitglieder der Bürgerschaft.

Es erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

– abgelehnt

Wortmeldung: Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina

Die Vorlage VO/2014/1006-01 kommt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

– beschlossen

Ja-Stimmen: 22

Nein-Stimmen: 13

Enthaltungen: 0

**TOP 12.3 Durchführung von zwei Beratungsrunden zum Haushalt 2015 in den
Fachausschüssen
Vorlage: VO/2014/1029 – Fraktion DIE LINKE.**

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt in Vorbereitung der Beratungen zum Haushalt 2015, vor der Beschlussfassung durch die Bürgerschaft, in allen zuständigen Fachausschüssen, den Haushaltsplan in zwei aufeinander folgenden Sitzungen zu beraten.

Frau Hagemann, Fraktion DIE LINKE., modifiziert als Einreicher den Antrag wie folgt:

Der Bürgermeister wird beauftragt, in Vorbereitung der Beratungen zum Haushalt, vor der Beschlussfassung durch die Bürgerschaft, in allen zuständigen Fachausschüssen, den Haushaltsplan in zwei aufeinander folgenden Sitzungen zu beraten.

Wortmeldung: Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina

Die Vorlage VO/2014/1029 kommt modifiziert zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

– **beschlossen**

**TOP 12.4 Einführung einer Jahreskarte für touristische Einrichtungen
Vorlage: VO/2014/1032 – SPD-Fraktion**

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird gebeten, ergänzend zur Entgeltordnung für die Nutzung der Aussichtsplattform St. Georgen, von St. Marien mit Turm- oder Filmvorführung und des Rathauskellers VO/2014/1020 einen personengebundenen Tarif einer Jahresnutzung anzubieten. Dieser könnte im Moment die in der Vorlage genannten Attraktionen umfassen und zukünftig um das Schabelhaus erweitert werden.

Begründung: Herr Tiedke

Frau Jörss, CDU-Fraktion, stellt den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Wirtschaft und kommunale Betriebe.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion auf Verweisung in den Ausschuss für Wirtschaft und kommunale Betriebe.

– **beschlossen**

TOP 12.5 Mindestabstand Windenergieanlagen
Vorlage: VO/2014/1034 – CDU-Fraktion

Beschlussvorschlag:

1. Die Bürgerschaft beauftragt den Bürgermeister und den Bürgerschaftspräsidenten, sich bei der Landesregierung sowie den im Landtag vertretenen demokratischen Parteien dafür einzusetzen, die im Bundestag beschlossene Länderöffnungsklausel, die den Ländern die Befugnis erteilt, von der Regelung des § 249 Abs. 3 BauGB Gebrauch zu machen und eine dynamische Abstandsregelung zwischen WEA und anderer zulässiger Nutzung festzulegen, in Landesrecht umzusetzen.
2. Die Landesregierung soll die folgenden Punkte in die Gesetzgebung aufnehmen:
 - a) Der Abstand von Windkraftanlagen zu den Grenzen der Wohnbebauung muss mindestens das Zehnfache der Anlagenhöhe ($10 H - H = \text{Nabenhöhe zuzüglich dem Radius des Rotors}$) betragen.
 - b) Windkraftanlagen, die nicht im Einklang mit der 10 H Regelung stehen, können nur errichtet werden, wenn das über einen Bebauungsplan geregelt wurde.

Herr Litzner, SPD-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag die Vorlage in den Bau- und Sanierungsausschuss zu verweisen.

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, weist Herrn Litzner darauf hin, dass grundsätzlich der Einreicher zuerst das Wort erhält.

Begründung: Herr Brüggert

Wortmeldungen: Bürgermeister, Herr Beyer; Herr Werner; Herr Brüggert; Frau Hagemann

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion, über die Verweisung in den Bau- und Sanierungsausschuss.

– beschlossen

TOP 12.6 Berichte des Bürgermeisters in den Bürgerschaftssitzungen
Vorlage: VO/2014/1035 – FÜR-WISMAR-Fraktion

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, in den Bürgerschaftssitzungen unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des Bürgermeisters“ über Sachverhalte und Entscheidungen in seinem Zuständigkeitsbereich zu berichten, um sowohl die Mitglieder der Bürgerschaft als auch die Bürgerinnen und Bürger über wesentliche Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zu informieren.

Auf die Ankündigung von allgemeinen kulturellen oder ähnlichen Veranstaltungen ist in Zukunft zu verzichten.

Begründung: Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina

Wortmeldungen: Bürgermeister, Herr Beyer; Herr Dr. Zielenkiewitz; Bürgermeister, Herr Beyer

Frau Hagemann, Fraktion DIE LINKE., stellt folgenden Änderungsantrag:
Streichung Satz 2

Herr Dr. Zielenkiewitz, stellt folgende Anfrage nach § 34 der Kommunalverfassung:
Wann und wo informieren Sie die Bürgerschaft und insbesondere die Bürger über die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Hauptausschusses?

Der Bürgermeister, Herr Beyer, teilt mit, dass eine schriftliche Antwort erfolgen wird.

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, erläutert das Prozedere zur Abstimmung.
Es gibt keinen Widerspruch seitens der Mitglieder der Bürgerschaft.

Es erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE..
– beschlossen

Die Vorlage VO/2014/1035 kommt modifiziert zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, in den Bürgerschaftssitzungen unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des Bürgermeisters“ über Sachverhalte und Entscheidungen in seinem Zuständigkeitsbereich zu berichten, um sowohl die Mitglieder der Bürgerschaft als auch die Bürgerinnen und Bürger über wesentliche Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

– beschlossen

Ja-Stimmen: 19

Nein Stimmen: 12

TOP 12.7 Grundsatzentscheidung zur Weiterentwicklung des Technischen Landesmuseums Vorlage: VO/2014/1036 – FÜR-WISMAR-Fraktion

Beschlussvorschlag:

1. Der Bürgermeister wird aufgefordert innerhalb der nächsten drei Monate verschiedene Varianten für die weitere Entwicklung des Technischen Landesmuseums vorzulegen. Dazu gehören insbesondere der mögliche 2. Bauabschnitt, das Depot und daraus resultierende inhaltliche und organisatorische Fragen. Die finanziellen Auswirkungen sind kurz-, mittel- und langfristig transparent darzustellen.

2. Der Bürgermeister wird aufgefordert, über die Reaktion der Landesregierung auf die Aufforderung der Bürgerschaft vom 27.03.2014 zu einer höheren finanziellen Beteiligung des Landes an den Kosten des TLM zu berichten.

Begründung: Herr Dr. Zielenkewitz

Wortmeldung: Bürgermeister, Herr Beyer

Frau Adam, SPD-Fraktion, stellt folgenden Änderungsantrag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Wir bitten die Ausschüsse, Bau- und Sanierungsausschuss und Finanzausschuss, in ihrer nächsten Sitzung die Vorlage VO/2014/0841 zu behandeln und auftretende Fragen an die Verwaltung zu richten, damit eine gegebenenfalls geänderte Vorlage durch die Verwaltung erstellt werden kann.

Wortmeldung: Herr Domke

Herr Kargel, Fraktion DIE LINKE., stellt den Antrag, dass bis März 2015 eine gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses, Verwaltungsausschusses und dem Bau- und Sanierungsausschuss stattfindet, auf welcher das Thema behandelt werden soll.

Frau Adam, SPD-Fraktion, zieht den Änderungsantrag zurück.

Es erfolgt die Abstimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE., über eine gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses, des Verwaltungsausschusses und des Bau- und Sanierungsausschusses. Die gemeinsame Sitzung soll bis März 2015 stattfinden.

– beschlossen

TOP 12.8 Veränderung der Gebührenpflicht für Bewohnerparken in der Altstadt Vorlage: VO/2014/1037 – FÜR-WISMAR-Fraktion
--

Beschlussvorschlag:

Für Einwohner mit einem Bewohnerparkausweis A oder B sowie mit KFZ-Kennzeichen HWI ist das Parken im Bereich der Altstadt Wismar in der Zeit vom 01. November bis 31. März in den ersten zwei Stunden gebührenfrei. Die Parkzeit ist mit einer Parkscheibe anzuzeigen.

Begründung: Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina

Herr Rakow verlässt um 20.02 Uhr die Sitzung.

Wortmeldungen: Senator, Herr Berkhahn; Frau Prof. Dr. Wienecke; Herr Ballentin;
Frau Adam; Herr Schwarzrock; Bürgermeister, Herr Beyer;
Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina; Senator, Herr Berkhahn;
Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina; Bürgermeister, Herr Beyer

Frau Hagemann, Fraktion DIE LINKE., stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Diskussion.

– beschlossen

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, teilt mit, dass die Rednerliste noch abgearbeitet wird.

Wortmeldung: Herr Schwarzrock

Die Vorlage VO/2014/1037 kommt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

– abgelehnt

TOP 12.9 Einrichten von Ortsteilbeiräten in der Hansestadt Wismar Vorlage: VO/2014/1038 – Fraktion FDP/GRÜNE

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Einrichtung von Ortsteilbeiräten in der Hansestadt Wismar zu prüfen. Hierbei sollte insbesondere berücksichtigt werden, wie viele solcher Beiräte sinnvoll wären, wie deren Organisation und Koordination erfolgen könnte und wie diese ins Leben gerufen werden könnten.

Begründung: Herr Schwarzrock

Herr Werner verlässt die Sitzung um 20.22 Uhr.

Frau Adam, SPD-Fraktion, stellt den Antrag auf Verweisung in den Verwaltungsausschuss. Der Bürger, von dem der Vorschlag kam, soll mit eingeladen werden.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf Verweisung in den Verwaltungsausschuss.

– beschlossen

TOP 12.10 Überprüfung aller Bürgerschaftsmitglieder durch die Stasi-Unterlagenbehörde Vorlage: VO/2014/1039 – Fraktion FDP/GRÜNE

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die Überprüfung aller Bürgerschaftsmitglieder bei der Stasi-Unterlagenbehörde zu veranlassen. Zur Überprüfung aller Bürgerschaftsmitglieder auf eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit der ehemaligen DDR wird ein zeitweiliger Sonderausschuss gemäß § 9 der Hauptsatzung gebildet. Dieser setzt sich aus 9

Bürgerschaftsmitgliedern zusammen. Der Sonderausschuss wählt aus seinen Mitgliedern eine/n Vorsitzende/n und gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Bürgerschaft zur Kenntnis gegeben wird. Der Sonderausschuss veranlasst das Einholen der nötigen Informationen von den Bürgerschaftsmitgliedern zur Vorlage bei der Stasi-Unterlagenbehörde und wertet die von dieser eingehenden Informationen aus und erstellt hierüber einen Abschlussbericht für die Bürgerschaft.

Begründung: Herr Domke

Frau Adam, SPD-Fraktion, stellt folgenden Änderungsantrag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Bürgerschaft beschließt, die Überprüfung aller Bürgerschaftsmitglieder bei der Stasi-Unterlagenbehörde zu veranlassen.

Das Büro der Bürgerschaft veranlasst das Einholen der nötigen Informationen von den Bürgerschaftsmitgliedern zur Vorlage bei der Stasi-Unterlagenbehörde.

Das Präsidium wertet die eingehenden Informationen aus und erstellt hierüber einen Abschlussbericht für die Bürgerschaft.

Begründung:

Die Einrichtung eines Sonderausschusses halten wir nicht für notwendig, außerdem fallen zusätzliche Kosten an.

Das Präsidium ist aus unserer Sicht ein geeignetes Gremium dafür. Alle Fraktionen sind vertreten.

Wortmeldungen: Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina; Frau Hagemann; Frau Prof. Dr. Wienecke

Herr Domke, Fraktion FDP/GRÜNE, stellt den Antrag auf eine Unterbrechung der Sitzung zur Beratung.

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, teilt mit, dass er noch die Rednerliste abarbeitet.

Wortmeldung: Herr Brüggert

Die Sitzung wird um 20.38 Uhr für eine Beratung unterbrochen.

Die Sitzung wird um 20.40 Uhr weitergeführt.

Herr Domke, Fraktion FDP/GRÜNE, übernimmt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion als eigenen Antrag.

Somit wird der Änderungsantrag zum eigentlichen Antrag der Fraktion FDP/GRÜNE.

Die Vorlage VO/2014/1039 kommt modifiziert zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt, die Überprüfung aller Bürgerschaftsmitglieder bei der Stasi-Unterlagenbehörde zu veranlassen.

Das Büro der Bürgerschaft veranlasst das Einholen der nötigen Informationen von den Bürgerschaftsmitgliedern zur Vorlage bei der Stasi-Unterlagenbehörde.

Das Präsidium wertet die eingehenden Informationen aus und erstellt hierüber einen Abschlussbericht für die Bürgerschaft.

Abstimmungsergebnis:

– beschlossen

TOP 12.11	Aufstellung einer Überdachung an der Bushaltestelle Marktplatz Wismar und Bestandsaufnahme der Infrastruktur der Haltestellen im Stadtgebiet der HWI Vorlage: VO/2014/1040 – Fraktion FDP/GRÜNE
----------------------	--

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Aufstellung einer Überdachung an der Bushaltestelle am Marktplatz Wismar zu prüfen.

Der Bürgermeister wird weiterhin beauftragt, eine Bestandsaufnahme der Infrastruktur der Haltestellen, der fehlenden Bushaltestellenüberdachungen und gegebenenfalls fehlender Sitzgelegenheiten durchzuführen und die Errichtung von weiteren Überdachungen und Sitzgelegenheiten zu prüfen.

Begründung: Frau Seidenberg

Frau Adam, SPD-Fraktion, stellt den Antrag auf Verweisung in den Bau- und Sanierungsausschuss.

Frau Hagemann, Fraktion DIE LINKE., stellt folgenden Änderungsantrag:

Streichung Satz 1.

Streichung im Satz 2 „weiterhin“.

Wortmeldungen: Herr Domke; Frau Hagemann

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, erläutert das Prozedere zur Abstimmung. Es gibt keinen Widerspruch seitens der Mitglieder der Bürgerschaft.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion, über die Verweisung in den Bau- und Sanierungsausschuss.

Verwiesen werden soll der Antrag VO/2014/1040 und der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE..

– beschlossen

TOP 13	Anfragen der Fraktionen und Bürgerschaftsmitglieder
---------------	--

TOP 13.1	1. Anfrage, Sitzung der Bürgerschaft am 30.10.2014 – Schaltzeiten der Beleuchtung in der Tonnenhofstraße Vorlage: BA/2014/1033
-----------------	---

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet werden.

**TOP 13.2 2. Anfrage zur Sitzung der Bürgerschaft am 30.10.2014 – Baustellenabspernung
Schweinsbrücke / Schabbellhaus
Vorlage: BA/2014/1046**

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet werden.

**TOP 13.3 3. Anfrage zur Sitzung der Bürgerschaft am 30.10.2014 –
Planfeststellungsverfahren Unterführung Poeler Straße – Sachstand
Vorlage: BA/2014/1047**

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet werden.

**TOP 13.4 4. Anfrage zur Sitzung der Bürgerschaft am 30.10.2014 – Fahrradparksystem
Vorlage: BA/2014/1048**

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet werden.

**TOP 13.5 5. Anfrage zur Sitzung der Bürgerschaft am 30.10.2014 – Versorgung
Bootstouristen am Alten Hafen
Vorlage: BA/2014/1049**

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet werden.

*Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 20.49 Uhr beendet.
Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.
Die nicht öffentliche Sitzung beginnt um 20.50 Uhr.*

(nicht öffentlich)

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung wird nicht dargestellt.

*Der nicht öffentliche Teil der Sitzung wird um 21.04 Uhr geschlossen.
Die Öffentlichkeit wird hergestellt.*

(öffentlich)

TOP 15 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, gibt die in nicht öffentlicher Sitzung gemachten Beschlüsse bekannt.

Tagesordnungspunkt 14.2

Vergabe von Planungsleistungen über 125 Tsd. € gemäß Hauptsatzung

Vorlage: VO/2014/1011

– beschlossen

Tagesordnungspunkt 14.3

Verkauf des Grundstückes Am Weißen Stein 24 (ehemals Erbbaurecht QEG), Flurstück 4785/7 zur Größe von 4.851 qm, B-Plan Nr. 10/91, "Gewerbegebiet Dargetzow" an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wismar mbH

Vorlage: VO/2014/1014

– einstimmig beschlossen

Tagesordnungspunkt 14.4

Erwerb einer Grundstücksfläche im Bereich des Gebietes Lübsche Burg Ost von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zum Zwecke der Entwicklung des Bereiches zur Bebauung

- Grundsatzbeschluss -

Vorlage: VO/2014/1017

– einstimmig beschlossen

TOP 16 Schließen der Sitzung

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, schließt die Sitzung um 21:05 Uhr.

T. Gundlack
Präsident der Bürgerschaft

M. Schönbohm
Beisitzer

E. Schukat
Protokollant